

Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?

Eine zweitägige Konferenz der Alfred Klahr Gesellschaft und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark beschäftigte sich mit der Militarisierung der Europäischen Union und ging der Frage nach ihrer Vereinbarkeit mit der österreichischen Neutralität nach.

Javier Solana, Beauftragter für die Sicherheitspolitik der Europäischen Union, hob bereits im Jahr 2000 hervor, dass die EU-Militärpolitik „mit Lichtgeschwindigkeit“ vorankomme. Seit Beginn 2007 läuft die Aufstellung der sogenannten „battle groups“ auf Hochtouren, mit dem aktuell diskutierten so genannten EU-„Reformvertrag“ soll diese Entwicklung in Richtung einer Verteidigungsgemeinschaft irreversibel gemacht werden. Der Beitritt Österreichs zur EU und NATO-Partnerschaft für den Frieden wiederum hat vor allem die Frage nach der Vereinbarkeit der österreichischen Sicherheits- und Militärpolitik mit der Neutralität aufgeworfen.

Zur Analyse dieser Entwicklungen fand am 28./29. September eine zweitägige Konferenz der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark statt, wobei Graz als

Veranstaltungsort nicht zuletzt vor dem Hintergrund gewählt wurde, dass sich hier der Standort des Kommandos für Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres befindet. Eröffnet wurde die Tagung mit einer gut besuchten Podiumsdiskussion in der „Gotischen Halle“ des Stadtmuseums, in deren Verlauf das ganze Spektrum aktuell diskutierter Auffassungen deutlich wurde: Universitätsprofessor Heinz Gärtner (*Österreichisches Institut für Internationale Politik*, Wien) dementierte in seinem Einleitungsstatement die Entwicklung der EU zu einem Militärbündnis und rückte die „neuen Herausforderungen“ – funktionsunfähige Staaten („failed states“), Kampf gegen den Terrorismus, humanitäre Hilfeleistungen usw. – in den Mittelpunkt. In diesem Sinne interpretierte er auch die 1992 formulierten, auf Interventionen „out of area“ abzielenden „Petersberger

Aufgaben“, zu deren Umsetzung nun die „battle groups“ eingerichtet worden seien. Die österreichische Neutralität habe sich zwar verändert, sich jedoch als flexibel genug erwiesen, sich den neuen Realitäten anzupassen.

Demgegenüber verwiesen Ernest Kaltenegger, Klubobmann der KPÖ im steiermärkischen Landtag, und Boris Lechthaler (*Werkstatt Frieden & Solidarität*, Linz) auf die im EU-Grundlagenvertrag formulierte Beistandsverpflichtung, sowie auf die systematische Aushöhlung und Demontage der Neutralität. Sie plädierten dafür, der österreichischen Neutralitätspolitik wieder Leben einzuhauchen. Österreich sollte seine Position als neutrales Land für aktive Friedenspolitik nutzen, so Kaltenegger. Beiden ging es darum, den allgemeinen gesellschaftlichen Hintergrund der Sicherheitspolitik – ökonomische Entwicklungen und Interessen, sowie sozialpolitische Fragen – stärker zu berücksichtigen. Die „soziale Frage“ sei wichtiger als eine hochgerüstete EU-Armee, stellte Kaltenegger die Haltung der KPÖ Steiermark klar. Konkret verwies Lechthaler in diesem Zusammenhang auf Entwicklungen am Kapitalmarkt und – am Beispiel der Eurofighter-Anschaffung und der Neutralitätsdebatte – auf den allgemeinen Umgang des politischen Establishments mit Versprechungen. Politische Vertrauenswürdigkeit sei jedoch eine zentrale Voraussetzung für eine echte, aktive Neutralitätspolitik, so Lechthaler. Bundesminister a.D. Erwin Lanc (*International Institute for Peace*, Wien) berichtete zunächst von Abrüstungsschritten in der Phase seiner Amtszeit in den 1980er Jahren. Im Anschluss daran stellte auch Lanc klar, dass die „Petersberger Aufgaben“, die 1992 – nach dem Ende des Kalten Kriegs – in einer „Phase der Überschätzung“ definiert worden seien, nicht als friedensbewahrende Maßnahmen interpretiert werden könnten.

Erich Reiter, bis 2006 Leiter des Büros für Sicherheitspolitik und Beauftragter für strategische Studien des Bundesministeriums für Landesverteidigung, lobte das „gute steirische Diskussionsklima“ bei der Veranstaltung in der „Gotischen Halle“, plädierte jedoch hinsichtlich der allgemeinen öffentlichen Auseinandersetzung über dieses Thema für mehr Of-

Neuerscheinungen der Reihe „Quellen & Studien“

Peter Goller: **Marx und Engels in der bürgerlichen Ideologie und in der sozialistischen Theorie. Gesammelte Studien.** Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 7), 336 S., 17.– Euro

Im vorliegenden Band wird die an den Universitäten knapp vor 1900 einsetzende Auseinandersetzung mit Marx und Engels beschrieben. In den sozialistischen, marxistischen Theorieorganen wurde diese bürgerliche Marx-Engels-Adaption scharfer Kritik unterzogen, so von Franz Mehring, Rosa Luxemburg oder von Georg Lukács. Dieser sozialistischen Kritik ist der zweite Teil des Bandes gewidmet.

Manfred Mugrauer (Hg.): **Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische Verstaatlichungsgesetzgebung.** Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 8), 204 S., 10.– Euro



1946 beschloss der Nationalrat einstimmig das 1. Verstaatlichungsgesetz, mit dem die Schlüsselindustrien und Großbanken verstaatlicht wurden. 1947 folgte die gesamte Elektrizitätswirtschaft. Heute sind von den Verstaatlichungen nur noch marginale Reste in Form von ÖIAG-Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen geblieben. Die Alfred Klahr Gesellschaft nahm den 60. Jahrestag des 1. Verstaatlichungsgesetzes zum Anlass, vor dem Hintergrund der seit 1987 währenden Reprivatisierungswelle die Aktualität von öffentlichem Eigentum in staatlicher und kommunaler Hand zu diskutieren. Der vorliegende Band vereint Statements und Referate dieser Konferenz mit weiteren Beiträgen und Dokumenten zum Thema.



Bestellungen an:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Drechslergasse 42, 1140 Wien
FAX: (+43-1) 982 10 86/18, klahr.gesellschaft@aon.at



Podiumsdiskussion am 28. September in der „Gotischen Halle“ (v.l.n.r.): Heinz Gärtner, Boris Lechthaler, Erwin Lanc, Erich Reiter, Ernest Kaltenegger. Symposium am 29. September im KPÖ-Bildungszentrum (v.l.n.r.): Franz Leidenmühler, Walther Leeb (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft), Franz Stephan Parteder (Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark).

fenheit in der Diskussion: Natürlich gehe es bei den „battle groups“ auch im kriegerische Einsätze, natürlich sei die EU auf dem Weg zu einem Militärbündnis mit einer gemeinsamen Armee auf „supranationaler Ebene“, was mit der österreichischen Neutralität nicht vereinbar sei, stellte Reiter klar. Der Unterschied zu den Auffassungen der anderen Diskutanten sei, so Reiter, dass er diese Entwicklung begrüße, da die EU in einer „ungeordneten, schwer berechenbaren Welt“ eine positive Gestaltungsrolle in der Sicherheitspolitik wahrnehmen und mehr „Ordnungselemente“ hinein bringen müsse, wozu auch der Einsatz militärischer Mittel gehöre. Österreich sei wissend einer Verteidigungsunion beigetreten – was ein „wirklich Neutraler“ ohnehin nicht mache – und könne nun im internationalen Krisenmanagement eine wichtige Rolle spielen.

Die Frage Neutralität stand auch im Mittelpunkt des am Folgetag im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz durchgeführten Symposiums: Lechthaler forderte hier die Bezugnahme auf die Neutralität in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, beispielsweise bei der Forderung nach Durchsetzung einer Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag. In diesem Zuge charakterisierte er auch die Eurofighter-Anschaffung als neutralitätswidrig, da über Gegengeschäfte der Aufbau eines europäischen militärischen Komplexes mit österreichischen Steuergeldern finanziert werde. Der Völkerrechtler Franz Leidenmühler (Universität Linz) plädierte hingegen dafür, weniger auf die Aushöhlung der Neutralität hinzuweisen, sondern aufzuzeigen, inwieweit Österreich noch neutral ist, um daraus politische Forderungen abzuleiten. So erblickte er auch im Zusatzartikel 23f, der in der österreichischen Bundesverfassung die Teilnahme an militärischen Einsätzen absichert, die Möglichkeit zu einer „kon-

struktiven Enthaltung“, die einen Beschluss EU-weit zu Fall bringen könne. Einigkeit herrschte jedoch darüber, dass die Ratifizierung des „Reformvertrages“ mit seiner Beistandsverpflichtung das Neutralitätsgesetz verdrängen würde. Insgesamt bestehe aktuell kein Bedrohungsszenario der EU durch andere Staaten, weshalb in Wahrheit kein Bedarf an einem Beistandsbündnis bestehe, so Leidenmühler. Ein solches Bündnis „ohne Not“ erzeuge in Wahrheit erst Unsicherheit, z.B. gegenüber Russland.

Gerald Oberansmayr (*Werkstatt Frieden & Solidarität*, Linz), Autor der 2004 erschienenen Studie „Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union“, zeichnete die einzelnen Etappen der EU-Militarisierung nach und veranschaulichte die systematische Vertiefung des Prozesses auf fünf Ebenen: Jener der Eingreiftruppen („battle-group“-Konzept), der Waffensysteme (massive Aufrüstung), des Aufbaus eines militärisch-industriellen Komplexes, auf der Ebene eigenständiger Militäreinsätze der EU, sowie auf der rechtlich-politischen Ebene („Reformvertrag“). Manfred Sauer (*International Physicians for the Prevention of Nuclear War*, Wien) lieferte anhand eines historischen Überblicks eine Analyse der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem EU-Beitritt.

Die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die österreichische Friedensbewegung wurden zum Abschluss der Konferenz in den Referaten von Ulrike Koushan und Veronika Rochhart, sowie in zahlreichen Beiträgen aus dem Publikum erörtert. Koushan erinnerte an die Friedensbewegung der 1980er Jahre und kritisierte die Neudefinition der Neutralität durch fortgesetzten Neutralitätsbruch. Auf das im Einleitungsverfahren stecken gebliebene „Friedensvolksbegehren“ zurückkommend verwies sie auf ein aktuelles Projekt der

Werkstatt Frieden & Solidarität, sich in Briefen mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über den „Reformvertrag“ an die Nationalratsabgeordneten zu wenden. Rochhart stellte abschließend die Ziele und Aktivitäten der 2001 als Personenkomitee konstituierten *Steirischen Friedensplattform* vor.

Das Symposium „Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“ wurde am 20. Oktober in Wien, in der ehemaligen Kapelle des Alten AKH in leicht modifizierter Form wiederholt. Neben Gerald Oberansmayr und Manfred Sauer referierten Andreas Pecha (*Wiener Friedensbüro*) und Elke Renner (*Österreichischer Friedensrat*): Pecha skizzierte die Notwendigkeit einer aktiven Neutralitäts- und Friedenspolitik, Renner arbeitete den Zusammenhang von sozialer Frage und Aufrüstung, von neoliberaler Entwicklung der EU und ihrer Militarisierung heraus. Sämtliche Beiträge und Referate der beiden Veranstaltungen werden in einem in der Reihe „Quellen & Studien“ im *Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft* erscheinenden Tagungsband nachzulesen sein.

MANFRED MUGRAUER

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

Tagtäglich wird eine Familie durch die Spielsucht ruiniert.

Was machen Sie, Frau Abgeordnete?

KPÖ

KPÖ-Landeszweig, Klubkammer Ernest Kaltenegger, (0316) 877-5104
Informationen: <http://tagtaechlichekpoer.steiermark.at>